

#MerzMail 04/2025

26.01.2025



Foto: Tobias Koch

26.01.2025

Liebe Leserin, lieber Leser,

am Mittwoch wurde in Aschaffenburg mitten in einer Kita-Gruppe ein kleines Kind mit einem Messer ermordet, ein weiteres Kind wurde schwer verletzt. Ein zufällig in der Nähe befindlicher 41-jähriger Mann wollte den Kindern und der Betreuerin helfen und wurde ebenfalls ermordet. Ein weiterer Mann wurde schwer verletzt. Der Täter: Ein längst ausreisepflichtiger Afghane.

Die Tat von Aschaffenburg reiht sich ein in eine ganze Serie von Messerangriffen in zahlreichen Städten unseres Landes. Mannheim, Solingen und Aschaffenburg stehen in einer Reihe innerhalb weniger Monate. Magdeburg wenige Tage vor Weihnachten steht für einen weiteren Anschlag mit sechs Toten, fünf Frauen und ein neunjähriger Junge. Fast 300 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Der Täter: Ein seit Jahren bei zahlreichen Behörden auffälliger und vorbestrafter Mann aus Saudi-Arabien.

Unserem Land wächst das Flüchtlingsproblem über den Kopf. Die Behörden sind überlastet und überfordert, die schiere Zahl der Fälle lässt eine ordnungsgemäße Durchführung der ausländerrechtlichen Verfahren einfach nicht mehr zu. Polizei, Ausländerämter, Gerichte, Städte und Kreise verzweifeln an den Fallzahlen. Und die Problemfälle nehmen zu, traumatisierte, alkohol- und vor allem drogenabhängige junge Männer sind die größte Gruppe. „In unseren Städten laufen tickende Zeitbomben herum“ – so sagte es mir am Wochenende ein Landrat aus Baden-Württemberg.

Die Asylverfahren in der EU richten sich mittlerweile fast vollständig nach den europäischen Bestimmungen. Aber das europäische Asylrecht ist erkennbar dysfunktional. Eigentlich müssten alle Asylanträge im Land des Erstzutritts gestellt werden. Damit ist Deutschland als Zielland grundsätzlich auf dem Landweg nicht mehr erreichbar, die Erstaufnahme müsste überwiegend in einem Staat an den Außengrenzen der EU erfolgen. Die aber winken die Flüchtlinge großzügig durch in das Land, das den meisten Flüchtlingen – nicht zuletzt angesichts der hohen zu erwartenden Sozialleistungen – in Europa immer noch am attraktivsten erscheint, nach Deutschland. Und so schließt sich der Kreis zu einem immer unlösbarer erscheinenden Problem.

Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union hält für solche Lagen eine Bestimmung bereit, die dem nationalen Recht Vorrang einräumt, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet ist. Art. 72 des AEUV betont die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten gerade für solche Fälle, für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit.

Möchte jemand ernsthaft bestreiten, dass nach all den Mordtaten der letzten Jahre die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Deutschland **n i c h t** gefährdet ist? Wie viele Opfer müssen es denn noch werden? Wie viele Menschen auf Sommerfesten und Weihnachtsmärkten sollen denn noch zu Opfern werden, wie viele Kinder?

Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier hält den Vorrang des nationalen Rechts in der gegenwärtigen Lage nicht nur für möglich, sondern für geboten! Und wen das

immer noch nicht überzeugt: Warum bekommen Dänemark, Schweden, Finnland, Polen, die Niederlande und auch Frankreich und Italien das Problem zunehmend in den Griff, und zwar auch mit Grenzkontrollen und Zurückweisungen, nur wir nicht? Leben wir in einer anderen EU?

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen, die Argumente gegen die Anwendung des nationalen Rechts sind vorgeschoben, in Wahrheit wollen große Teile Ihrer beider Parteien den Schritt hin zu Grenzkontrollen und Zurückweisungen nicht gehen, weil sie das Problem noch immer unterschätzen und die Augen verschließen vor der Gefährdung des inneren Friedens unseres Landes. Aber in der nächsten Woche wird es Gelegenheit geben, darüber im Deutschen Bundestag zu diskutieren und vor allem darüber abzustimmen. Unsere Anträge richten sich an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages, vor allem an die Abgeordneten der SPD, der Grünen und der FDP. Mit der AfD haben und wollen wir keine Mehrheit. Bitte erwecken Sie auch nicht den Eindruck, als ob das so wäre. Nur mit Abgeordneten aus den Reihen der ehemaligen Ampel kann es vor der Bundestagswahl noch eine Wende in der Asyl- und Einwanderungspolitik geben. Spätestens nach Aschaffenburg dulden Entscheidungen im Deutschen Bundestag jetzt keinen Aufschub mehr. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass die Fraktionen der ehemaligen Ampel jetzt endlich zur Besinnung kommen!

Beste Grüße

Ihr Friedrich Merz